

Allgemeine Geschäftsbedingungen und Kundeninformationen

I. Allgemeine Geschäftsbedingungen

§ 1 Grundlegende Bestimmungen

(1) Die nachstehenden Geschäftsbedingungen gelten für Verträge, die Sie mit uns als Anbieter (**HB Marketplace GmbH**) über die Internetplattform Händlerbund Marketplace schließen, soweit nicht schriftlich zwischen den Parteien eine Abänderung vereinbart wird. Abweichende oder entgegenstehende Geschäftsbedingungen sind nur mit unserer ausdrücklichen Zustimmung wirksam.

(2) Wir bieten unsere Produkte nur zum Kauf an, soweit Sie eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft sind, die bei Abschluss des Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (Unternehmer). Ein Vertragsabschluss mit Verbrauchern ist ausgeschlossen.

§ 2 Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrages sind Dienstleistungen (im Folgenden "Dienste" oder "Software"). Die wesentlichen Merkmale finden sich im jeweiligen Angebot. Die Leistungserbringung erfolgt durch Postflex GmbH, Emsdettener Str. 10, 48268 Greven. Vertragspartner mit allen Rechten und Pflichten sind ungeachtet dessen wir. Der zulässige Nutzungsumfang besteht, wenn im Angebot nicht anders genannt, wie folgt:

(1) Gegenstand der Dienstleistung ist im Kern die Annahme von Postsendungen mittels Post- und Zustellungsvollmacht, die anschließende Digitalisierung, soweit möglich, und die Weiterleitung dieser Sendungen durch die Auftragnehmerin an die Auftraggebenden. Die jeweils konkret von der Auftragnehmerin geschuldeten Leistungen ergeben sich aus der den Vertragsinhalt zusammenfassenden Rechnung in Verbindung mit dem dort in Bezug genommenen Leistungsverzeichnis.

(2) Die Auftraggebenden sind berechtigt, für die Dauer der Vertragslaufzeit die ihnen übersandte

Anschrift entsprechend dem konkret in der Rechnung genannten Verwendungszweck zu nutzen.

(3) Die Auftraggebenden haben gegen Zahlung eines weiteren Entgelts Anspruch auf

Zusatzleistungen. Inhalt und Preis dieser Zusatzleistungen ergeben sich aus dem Angebot oder in Absprache mit der Auftragnehmerin.

(4) Die Inanspruchnahme der Dienstleistung ist nur durch die Auftraggebenden selbst für die von

ihnen bei Vertragsschluss genannten Projekte im Sinne des nachfolgenden Absatzes 5 im tariflich

gebuchten Umfang gestattet. Die Nutzung durch Dritte ist untersagt. Überlassen die Auftraggebenden vertragswidrig die ihnen zur Verfügung gestellte Adresse Dritten oder nutzen sie sie selbst für nicht bei Vertragsschluss genannte Projekte oder nehmen sie nicht gebuchte Leistungen in Anspruch, so kann die Auftragnehmerin von den Auftraggebenden ab dem Zeitpunkt und für die Dauer der unberechtigten Nutzung jeweils mindestens das nach dem dann aktuellen Preisverzeichnis gültige Entgelt für die vertragswidrig in Anspruch genommenen Leistungen zusätzlich zum vertraglich geschuldeten Entgelt für die gebuchten Leistungen als Entschädigung verlangen, es sei denn, die Auftraggebenden weisen nach, dass sie hinsichtlich der unberechtigten Nutzung kein Verschulden trifft. Dies gilt auch bei unberechtigter Nutzung vor Vertragsbeginn. In der Geltendmachung dieses Anspruchs ist keine Genehmigung der unberechtigten Nutzung zu sehen; die Geltendmachung von Unterlassungs- und weitergehenden Schadensersatzansprüchen bleibt hiervon unberührt.

(5) Als Projekt gilt eine jede Homepage, sonstige Webpräsenz (z. B. Blog, Instagram-Account,

Facebook-Account etc.) sowie Buchpublikation der Auftraggebenden. Mehrere URLs auf derselben Homepage gelten als ein Projekt. Mehrere Webauftritte eines Projekts (z. B. Social-Media-Auftritte) werden je nach Wahl des Tarifs mit dem bei Vertragsschluss vereinbarten Zusatzbetrag abgerechnet (s. Angebot).

(6) Nicht angenommen werden Sendungen, deren Beförderung oder Lagerung erkennbar nationalen oder internationalen Gefahrgutvorschriften unterliegt oder deren Beförderung oder Lagerung mit besonderen Auflagen verbunden ist.

(7) Die Auftragnehmerin ist berechtigt, Sendungen abzulehnen, wenn es objektive Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Inhalte rechtswidrig sind, gegen die guten Sitten verstoßen oder auf ein Projekt/Einsatzszenario hindeuten, das mit den Werten der Auftragnehmerin nicht in Einklang zu bringen ist (s. dazu nachfolgend § 3 Abs. 4 und 5).

§ 3 Zustandekommen des Vertrages

(1) Bereits mit dem Einstellen des jeweiligen Produkts auf der Internetplattform Händlerbund Marketplace unterbreiten wir Ihnen ein verbindliches Angebot zum Abschluss eines Vertrages über das Online-Warenkorbsystem zu den in der Angebotsbeschreibung angegebenen Bedingungen.

(2) Der Vertrag kommt über die **Funktion "In den Warenkorb"** wie folgt zustande:

Durch Anklicken der Schaltfläche "In den Warenkorb" im jeweiligen Angebot werden die zum Kauf beabsichtigten Produkte im "Warenkorb" abgelegt. Über die entsprechende Schaltfläche in der Navigationsleiste können Sie den "Warenkorb" aufrufen und dort jederzeit Änderungen vornehmen.

Nach Anklicken der Schaltfläche "Kasse" (oder ähnliche Bezeichnung) loggen Sie sich entweder in Ihr bestehendes Kundenkonto oder - soweit technisch angeboten - mithilfe Ihres Händlerbund-Mitglieder-Logins ein. Sofern Sie noch kein Kundenkonto bzw. keinen Händlerbund-Mitglieder-Login besitzen, können Sie ein neues Kundenkonto anlegen.

Anschließend erfolgt die Eingabe der persönlichen Daten, ggf. der Lieferbedingungen, sowie die Auswahl der Zahlungsart mit Eingabe der Zahlungsdaten. Abschließend werden Ihnen die Bestelldaten als Bestellübersicht angezeigt.

Soweit Sie als Zahlungsart ein Sofortzahl-System (z.B. PayPal, Sofort, giropay) nutzen, werden Sie entweder auf die Bestellübersicht auf der Internetplattform Händlerbund Marketplace geführt oder auf die Internetseite des Anbieters des Sofortzahl-Systems weitergeleitet.

Erfolgt eine Weiterleitung zu dem jeweiligen Sofortzahl-System, nehmen Sie dort die entsprechende Auswahl bzw. Eingabe Ihrer Daten vor. Abschließend werden Ihnen auf der Internetseite des Anbieters des Sofortzahl-Systems oder nachdem Sie zurück auf die Internetplattform Händlerbund Marketplace geleitet wurden, die Bestelldaten als Bestellübersicht angezeigt.

Vor Absenden der Bestellung haben Sie die Möglichkeit, die Angaben in der Bestellübersicht nochmals zu überprüfen, zu ändern (auch über die Funktion "zurück" des Internetbrowsers) bzw. die Bestellung abubrechen.

Mit dem Absenden der Bestellung über die entsprechende Schaltfläche ("Jetzt Kaufen und Bezahlen", "Bestellung absenden" oder ähnliche Bezeichnung) erklären Sie rechtsverbindlich die Annahme des Angebotes, wodurch der Vertrag zustande kommt.

(3) Der Vertrag kommt über die Funktion "Jetzt kaufen" wie folgt zustande:

Nach Anklicken der Schaltfläche "Jetzt kaufen" loggen Sie sich entweder in Ihr bestehendes Kundenkonto oder - soweit technisch angeboten - mithilfe Ihres Händlerbund-Mitglieder-Logins ein. Sofern Sie noch kein Kundenkonto bzw. keinen Händlerbund-Mitglieder-Login besitzen, können Sie ein neues Kundenkonto anlegen.

Anschließend erfolgt die Eingabe der persönlichen Daten, ggf. der Lieferbedingungen, sowie die Auswahl der Zahlungsart mit Eingabe der Zahlungsdaten. Abschließend werden Ihnen die Bestelldaten als Bestellübersicht angezeigt.

Soweit Sie als Zahlungsart ein Sofortzahl-System (z.B. PayPal, Sofort, giropay) nutzen, werden Sie entweder auf die Bestellübersicht auf der Internetplattform Händlerbund Marketplace geführt oder auf die Internetseite des Anbieters des Sofortzahl-Systems weitergeleitet.

Erfolgt eine Weiterleitung zu dem jeweiligen Sofortzahl-System, nehmen Sie dort die entsprechende Auswahl bzw. Eingabe Ihrer Daten vor. Abschließend werden Ihnen auf der Internetseite des Anbieters des Sofortzahl-Systems oder nachdem Sie zurück auf die Internetplattform Händlerbund Marketplace geleitet wurden, die Bestelldaten als Bestellübersicht angezeigt.

Vor Absenden der Bestellung haben Sie die Möglichkeit, die Angaben in der Bestellübersicht nochmals zu überprüfen, zu ändern (auch über die Funktion "zurück" des Internetbrowsers) bzw. die Bestellung abzubrechen.

Mit dem Absenden der Bestellung über die entsprechende Schaltfläche ("Jetzt Kaufen und Bezahlen", "Bestellung absenden" oder ähnliche Bezeichnung) erklären Sie rechtsverbindlich die Annahme des Angebotes, wodurch der Vertrag zustande kommt.

(4) Der in §2 genannte Leistungserbringer prüft nach Zustandekommen des Vertrags entsprechend §3 Abs. 2 und 3 eine bei ihm eingegangene Bestellbestätigung insbesondere darauf, ob die beabsichtigte Verwendung seiner Dienstleistung durch den Endkunden mit seinen Werten im Einklang steht. Der Kooperationspartner ist berechtigt, die Erbringung von Dienstleistungen insbesondere für solche Projekte von Endkunden abzulehnen, die

- rechtlich untersagt sind oder zumindest den Anschein von Rechtswidrigkeit erwecken;
- erotisch oder politisch fragwürdig sind;
- nationalsozialistischen, rassistischen oder fremdenfeindlichen Bezug aufweisen, auch sofern keine strafrechtliche Relevanz besteht.

(5) Stellt sich nachträglich heraus, dass der Endkunde über das gegenständliche Projekt getäuscht hat und das Projekt mit den Werten der Auftragnehmerin nicht in Einklang zu bringen ist (s. vorstehenden Abs. 4), oder verändert sich die Verwendung der Dienstleistungen des Kooperationspartners durch den Endkunden nachträglich in einer Weise, dass sie mit den Werten Auftragnehmerin nicht in Einklang zu bringen ist, gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt oder geeignet ist, das Ansehen der Auftragnehmerin zu beeinträchtigen bzw. zu schädigen, ist der Kooperationspartner zur sofortigen Beendigung der Dienstleistungserbringung berechtigt. Für einen solchen Fall behalten wir uns, als Anbieter (**HB Marketplace GmbH**), das Recht vor, einen bereits zustande gekommenen Vertrag fristlos aufzukündigen.

(6) Die Abwicklung der Bestellung und Übermittlung aller im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss erforderlichen Informationen erfolgt per E-Mail zum Teil automatisiert. Sie haben deshalb sicherzustellen, dass die von Ihnen bei uns hinterlegte E-Mail-Adresse zutreffend ist, der Empfang der E-Mails technisch sichergestellt und insbesondere nicht durch SPAM-Filter verhindert wird.

§ 4 Preise, Zahlungsbedingungen

(1) Die in den jeweiligen Angeboten angeführten Preise sowie die Versandkosten stellen Nettopreise dar. Sie beinhalten nicht die gesetzliche Mehrwertsteuer. Der endgültige Preis ergibt sich aus der nach Abschluss der Bestellung übersandten Rechnung.

(2) Entstandene Kosten der Geldübermittlung (Überweisungs- oder Wechselkursgebühren der Kreditinstitute) sind von Ihnen in den Fällen zu tragen, in denen die Lieferung in einen EU-Mitgliedsstaat erfolgt, die Zahlung aber außerhalb der Europäischen Union veranlasst

wurde.

(3) Sie haben folgende Zahlungsmöglichkeiten, soweit im jeweiligen Angebot oder im Online-Bestellvorgang nichts anderes ausgewiesen ist:

Über Stripe:

- Zahlung per Kreditkarte
- Zahlung per SEPA-Lastschrift
- Zahlung per Sofort/Sofortüberweisung
- Zahlung per "Jetzt bezahlen" (über Klarna)
- Zahlung per "Später bezahlen" (über Klarna)
- Zahlung per "Ratenzahlung" (über Klarna)
- Zahlung per "Finanzierung" (über Klarna)
- Zahlung per giropay
- Zahlung per Apple Pay
- Zahlung per Google Pay
- Zahlung per PayPal
- Zahlung per BLIK (Polen)
- Zahlung per Bancontact (Belgien)
- Zahlung per EPS (Österreich)
- Zahlung per iDEAL (Niederlande)
- Zahlung per Przelewy24 (Polen)

(4) Zahlung über "Stripe"

Bei Auswahl einer Zahlungsart, die über "Stripe" angeboten wird, erfolgt die Zahlungsabwicklung über den Zahlungsdienstleister Stripe Payments Europe Limited (1 Grand Canal Street Lower, Grand Canal Dock, Dublin, D02 H210, Ireland; "Stripe"). Die einzelnen Zahlungsarten über "Stripe" werden Ihnen unter einer entsprechend bezeichneten Schaltfläche auf unserer Internetpräsenz sowie im Online-Bestellvorgang angezeigt. Für die Zahlungsabwicklung kann sich "Stripe" weiterer Zahlungsdienste bedienen; soweit hierfür besondere Zahlungsbedingungen gelten, werden Sie auf diese gesondert hingewiesen. Nähere Informationen zu "Stripe" finden Sie unter <https://stripe.com/de>.

(5) Soweit im jeweiligen Angebot, im Online-Bestellvorgang oder auf der Rechnung keine andere Zahlungsfrist angegeben ist, sind die Zahlungsansprüche aus dem geschlossenen Vertrag sofort zur Zahlung fällig. Der Abzug von Skonti ist nur zulässig, sofern im jeweiligen Angebot, im Online-Bestellvorgang oder in der Rechnung ausdrücklich ausgewiesen.

§ 5 Vertragslaufzeit / Kündigung bei Abonnement-Verträgen

(1) Der zwischen Ihnen und uns geschlossene Abonnement-Vertrag hat die im jeweiligen Angebot bestimmte Laufzeit. Der Vertrag kann von beiden Parteien zu der im Angebot genannten Frist zum Laufzeitende gekündigt werden. Wird der Abonnement-Vertrag nicht zur im Angebot genannten Frist vor Ablauf der Grundlaufzeit von einer der Parteien gekündigt, verlängert er sich stillschweigend um die jeweilige Laufzeit.

(2) Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.

(3) Jede Kündigung muss in Textform (z.B. E-Mail) erklärt und übermittelt werden.

§ 6 Nachsenden von Original-Postsendungen, Vernichtung, Spende

(1) Handelt es sich bei einer Postsendung für die Auftraggebenden um das Schreiben eines Gerichts

oder einer anderen Behörde, leitet die Auftragnehmerin die Originalpostsendung zu den vereinbarten Konditionen unverzüglich als „Sofortsendung“ an die Auftraggebenden weiter.

(2) Im Übrigen erfolgt die Weiterleitung einer Original-Postsendung als „Sofortsendung“ nur auf

ausdrückliches Verlangen der Auftraggebenden zu den vereinbarten Konditionen.

(3) Erfolgt keine Weiterleitung als „Sofortsendung“ nach den vorstehenden Absätzen, werden die

bei der Auftragnehmerin eingegangenen Postsendungen nach Ablauf einer Frist, bei Erreichen

eines bestimmten Volumens oder – spätestens – bei Vertragsende zu den vereinbarten

Konditionen automatisch an die Auftraggebenden nachgesendet, es sei denn, diese haben im

Einzelfall die Vernichtung oder eine Spende an eine gemeinnützige Organisation beauftragt (s.

dazu die nachfolgenden Absätze). Aufbewahrungsfrist und -volumen richten sich nach der den

Auftraggebenden zugegangenen Rechnung in Verbindung mit dem Preis- und

Leistungsverzeichnis.

(4) In Postsendungen enthaltene Gegenstände, deren Nachsendung die Auftraggebenden nicht

wünschen, können auf ausdrücklichen Wunsch der Auftraggebenden auf deren Kosten vernichtet werden.

(5) In Postsendungen enthaltene Gegenstände, deren Nachsendung die Auftraggebenden nicht

wünschen, können auf ausdrücklichen Wunsch der Auftraggebenden alternativ zur Vernichtung

an eine gemeinnützige Organisation gespendet werden. Vor einer Spende an eine gemeinnützige

Organisation werden personenbezogene Daten an oder in der Sendung von der Auftragnehmerin

entfernt. Wünschen die Auftraggebenden eine Spende an eine konkrete gemeinnützige

Organisation, haben sie die dazu erforderlichen Versandkosten zu tragen; überlassen die

Auftraggebenden der Auftragnehmerin die freie Wahl der gemeinnützigen Organisation, fallen

keine weiteren Kosten für die Spende an.

(6) Sollte im Einzelfall eine Weiterleitung von Postsendungen an die Auftraggebenden nach

vorstehendem Absatz 3 scheitern – bspw. wegen fehlender Zustellbarkeit unter der der

Auftragnehmerin mitgeteilten Adresse –, wird die Auftragnehmerin die Auftraggebenden

hierüber unverzüglich per E-Mail informieren und um Weisung bitten, was mit der Postsendung

geschehen soll. Zudem wird sie die Auftraggebenden über die nachfolgend dargestellten Folgen

einer unterlassenen Weisung aufklären: Sie wird die Postsendungen ab dem Zeitpunkt dieser

Information vorbehaltlich etwaiger Weisungen der Auftraggebenden für längstens drei Monate

auf Kosten der Auftraggebenden lagern und sodann zur Vermeidung weiterer Kosten auf deren

Kosten vernichten; handelt es sich erkennbar um verderbliche Ware, wird die Auftragnehmerin

die Ware spätestens in dem Zeitpunkt auf Kosten der Auftraggebenden vernichten, in dem sie

verdorben ist.

§ 7 Widerrechtliche Verwendung für Pakete und Päckchen

(1) Verwenden die Auftraggebenden die ihnen überlassene Adresse für die Annahme und

Verarbeitung von Paketen und Päckchen, ohne entsprechende Leistungen bei der

Auftragnehmerin gebucht zu haben, kann die Auftragnehmerin von den Auftraggebern ab dem Zeitpunkt und für die Dauer der unberechtigten Nutzung jeweils das nach dem dann aktuellen Preisverzeichnis gültige Entgelt für die vertragswidrig in Anspruch genommenen Leistungen zusätzlich zum vertraglich geschuldeten Entgelt als Entschädigung verlangen, mindestens jedoch 10,00 € zuzüglich ggf. anfallender Portokosten je Paket oder Päckchen (s.

dazu nachfolgend Abs. 2), es sei denn, die Auftraggeber weisen nach, dass sie hinsichtlich

der unberechtigten Nutzung kein Verschulden trifft. In der Geltendmachung dieses Anspruchs

ist keine Genehmigung der unberechtigten Nutzung durch die Auftraggeber zu sehen; die

Geltendmachung von Unterlassungs- und weitergehenden Schadensersatzansprüchen bleibt

hiervon unberührt.

(2) Erhält die Auftragnehmerin Pakete und Päckchen für die Auftraggeber, obwohl die Annahme

von Paketen und Päckchen keine bestellte Leistung war, wird sie die Annahme, wenn möglich,

verweigern. Ist eine Ablehnung des Pakets oder Päckchens nicht möglich, etwa weil die

Auftraggeber die ihnen überlassene Adresse unberechtigt als Absenderadresse auf einem

Paket oder Päckchen angaben, setzt die Auftragnehmerin die Auftraggeber baldmöglichst

nach Annahme des Pakets oder Päckchens von dessen Eingang in Kenntnis. Die

Auftraggeber haben der Auftragnehmerin sodann unverzüglich in Textform mitzuteilen, ob

sie gegen Zahlung des aus dem Preisverzeichnis für die Paketweiterleitung ersichtlichen Entgelts

die Übersendung des Pakets oder Päckchens wünschen oder ob dies entsprechend den

Konditionen in obenstehendem § 6 Abs. 4 vernichtet oder entsprechend den Konditionen in

obenstehendem § 6 Abs. 5 an eine gemeinnützige Organisation gespendet werden soll.
Erhält

die Auftragnehmerin innerhalb von 14 Tagen, nachdem sie die Auftraggebenden über die
Sendung in Kenntnis gesetzt hat, keine Mitteilung der Auftraggebenden, sendet sie ihnen
das

Paket/Päckchen zu. Hierfür kann sie jeweils mindestens (s. bereits Abs. 1) den dann
aktuellen

aus dem Preisverzeichnis ersichtlichen Preis für die Weiterleitung eines Pakets/Päckchens
als

Entschädigung verlangen, es sei denn, die Auftraggebenden weisen nach, dass sie
hinsichtlich

der unberechtigten Nutzung kein Verschulden trifft.

§ 8 Unberechtigte Adressnutzung nach Vertragsende, Vertragsstrafe

(1) Nach dem Ende der Vertragslaufzeit sind die Auftraggebenden nicht mehr berechtigt, die
ihnen

zuvor überlassene Adresse in irgendeiner Form im Rechts- oder Geschäftsverkehr zu
verwenden.

(2) Die Auftraggebenden verpflichten sich, es zu unterlassen, die ihnen für die Dauer der
Vertragslaufzeit überlassene Adresse nach Ende der Vertragslaufzeit weiter zu nutzen und
insbesondere weiter in den vertragsgegenständlichen Projekten anzugeben. Sollten die
Auftraggebenden diese Pflicht verletzen, wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine
Vertragsstrafe fällig. Jede Angabe der Adresse in einem Projekt zählt dabei als
eigenständige

Zuwiderhandlung: Wird die Adresse also nach Vertragsende weiterhin bspw. in zwei
Projekten

angegeben, handelt es sich um zwei Zuwiderhandlungen, die jeweils eine eigene
Vertragsstrafe

auslösen. Bei einer fortdauernden Verletzung der Unterlassungspflicht zählt jede Woche als
eigene Zuwiderhandlung, sodass die zu zahlende Vertragsstrafe sich für jede Woche der
unberechtigten Nutzung nach Vertragsende erhöht (bei zwei Wochen fällt sie zweimal an,
bei

drei Wochen dreimal usw.). Durch eine fortdauernde Verletzung der Unterlassungspflicht kann

die Vertragsstrafe maximal 24-mal verwirkt werden; darüber hinaus erhöht sie sich auch bei einer

über 24 Wochen dauernden unberechtigten Nutzung nicht weiter.

(3) Die Vertragsstrafe fällt für jeden Fall der Zuwiderhandlung in Höhe von einem halben

Monatstarifentgelt an, wobei als Monatsentgelt das Entgelt zugrunde zu legen ist, das nach dem

dann aktuellen Preis- und Leistungsverzeichnis bei monatlicher Buchung des ursprünglich gebuchten Tarifs zu zahlen wäre.

(4) Die Vertragsstrafe ist nicht verwirkt, wenn es den Auftraggebenden trotz Aufwendung der zumutbaren Sorgfalt nicht möglich war, die Weiterverwendung rechtzeitig – z.B. durch

Mitteilung einer neuen Anschrift gegenüber Dritten – zu beenden, wobei die Beweislast hierfür

bei den Auftraggebenden liegt.

(5) Sonstige Ansprüche, einschließlich des Unterlassungsanspruchs sowie etwaiger

Schadensersatzansprüche, auf die die Vertragsstrafe angerechnet wird, bleiben hiervon unberührt.

§ 9 Verfügbarkeit, Beeinträchtigung der Erreichbarkeit

(1) Der Dienst wird mit einer Verfügbarkeit von 97% im Monatsmittel zur Verfügung gestellt. Davon ausgenommen sind Zeiten, die der Wartung dienen sowie sämtliche Ausfallzeiten, die wir nicht zu vertreten haben.

(2) Anpassungen, Änderungen und Ergänzungen der vertragsgegenständlichen Leistung sowie Maßnahmen, die der Feststellung und Behebung von Funktionsstörungen dienen, werden nur dann zu einer vorübergehenden Unterbrechung oder Beeinträchtigung der Erreichbarkeit führen, wenn dies aus technischen Gründen zwingend notwendig ist.

§ 10 Mitwirkungspflichten

(1) Sie sind verpflichtet, am durch den Leistungserbringer nach Zustandekommen des Vertrags bereitgestellten Ident-Verfahren teilzunehmen.

§ 11 Zurückbehaltungsrecht

Ein Zurückbehaltungsrecht können Sie nur ausüben, soweit es sich um Forderungen aus demselben Vertragsverhältnis handelt.

§ 12 Rechtswahl, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

(2) Erfüllungsort sowie Gerichtsstand ist unser Sitz, soweit Sie Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen sind. Dasselbe gilt, wenn Sie keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland oder der EU haben.

II. Kundeninformationen

1. Identität des Anbieters

HB Marketplace GmbH
Kohlgartenstraße 11-13
04315 Leipzig
Deutschland
Telefon: +49 (0)341 92659999
E-Mail: support@hb-marketplace.com

2. Informationen zum Zustandekommen des Vertrages

Die technischen Schritte zum Vertragsschluss und der Vertragsschluss selbst, sowie die Korrekturmöglichkeiten erfolgen nach Maßgabe der Regelung "Zustandekommen des Vertrages" unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen (Teil I).

3. Vertragssprache, Vertragstextspeicherung

3.1. Vertragssprache ist deutsch.

3.2. Der vollständige Vertragstext wird von uns nicht gespeichert. Vor Absenden der Bestellung können die Vertragsdaten über die Druckfunktion des Browsers ausgedruckt oder elektronisch gesichert werden.

letzte Aktualisierung: 10.01.2025